



AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

AKADEMIE-KURZANALYSE

2/2014

Putin und seine Bevölkerung: Zu den Wirkungen der neurussischen Machtpolitik

DR. MICHAEL MAYER

Oktober 2014

Putin und seine Bevölkerung: Zu den Wirkungen der neurussischen Machtpolitik

MICHAEL MAYER

Welchen Effekt hat die aktuelle Annexionspolitik der Moskauer Regierung auf die russische Bevölkerung? Welche kritischen Stimmen finden sich? Lässt sich ein generelles Meinungsbild zeichnen? Grundlage der folgenden Analyse ist ein Aufenthalt in den an die Ostukraine angrenzenden russischen Gebieten der Schwarzerde-Region sowie der Stadt Wolgograd, in dessen Rahmen vielfältige Gespräche vor allem mit Wissenschaftlern aus verschiedenen Teilen Russlands geführt wurden.

Die Kanaren sind out, die Krim ist in! Das zumindest vermitteln Plakate in den Straßen russischer Provinzstädte, die folgenden Schriftzug tragen: „Macht Urlaub auf der Krim!“ Das beigefügte Foto einer mediterran anmutenden Landschaft in sattem Grün scheint zudem aufgrund der Farbe die Hoffnung der Regierung in Moskau zu symbolisieren, dass ein Anschwellen des Tourismus von der Russischen Föderation auf die kürzlich annektierte Krim dringend benötigte Geldmittel auf die Halbinsel lenken könnte. Der Kreml plant so möglicherweise die hohen Kosten zu reduzieren, die durch das Versprechen auf höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen für die Neubürger im Süden entstanden sind. Dabei appelliert das Plakat bewusst an die Erfahrungen weiter Teile der russischen Bevölkerung, die während der Sowjetzeit häufig als Komso molzen Erholungsaufenthalte in den Freizeitlagern auf der Krim verbrachten.

Was aber denkt die russische Bevölkerung über die aktuellen Entwicklungen auf der Krim und im ostukrainischen Donezbecken? Grundlage für die

folgenden Ausführungen sind insbesondere Gespräche mit Wissenschaftlern aus verschiedenen Teilen Russlands, die während einer Reise durch die süd-russische Steppe in der Schwarzerde-Region bis hin nach Wolgograd geführt wurden. Insgesamt kann es sich selbstverständlich nur um eine Zusammenfassung von einzelnen Stimmen handeln, die jedoch ein in sich geschlossenes Bild vermitteln. Ergänzt werden diese Eindrücke aus der Provinz mit Darlegungen Moskower Intellektueller, die den zentralen Gegensatz zwischen der russischen Hauptstadt und den eher ländlich strukturierten Provinzstädten verdeutlichen. In den großen Metropolen Moskau und Sankt Petersburg demonstrieren seit Frühjahr 2014 immer wieder Zehntausende gegen die Politik Putins auf der Krim und der Ostukraine. Ganz anders ist die Situation auf dem Lande, wo kaum derartige Proteste zu verzeichnen sind.

Wie hat sich nun konkret das Leben der Russen im Verlauf des Jahres 2014 verändert? Die Antwort auf diese Frage fällt vielen nicht leicht, schwanken doch weite Teile der russischen Bevölkerung zwischen einem Gefühl der Empörung über die ergangenen Sanktionen und einer eher trotzigem Stimmung, der zufolge die Politik des Westens keinerlei Effekte zeitige. Dies führt dazu, dass nicht nur die Anhänger Putins die massiven Preissteigerungen, etwa bei Lebensmitteln, negieren. Auch wird bestritten, dass es in russischen Supermärkten viele Produkte nicht mehr zu kaufen gebe. Einer persönlichen Überprüfung hält dies jedoch nicht stand. So zeigt sich, dass gerade schnell verderbliche Lebensmittel aus dem Westen, etwa deutsche Joghurts, italienischer Käse oder holländisches Gemüse nicht mehr zu finden sind (es sei denn, es handelt sich um in Russland produzierte Waren). Länger haltbare westliche Güter, etwa Konserven oder Tütensuppen, finden sich hingegen aktuell noch weitgehend. Jedoch zeigen sich bereits erste Anzeichen einer Mangelwirtschaft darin, dass – vergleichbar mit den Einzelhandelsgeschäften in der DDR – bestimmte Waren großzügig im Regal verteilt werden, um etwaige Lücken zu schließen.

Momentan aber, so lässt sich aus den geführten Gesprächen deuten, werden die Schattenseiten der aktuellen Politik noch verdrängt. Weder Inflation noch schwaches Wirtschaftswachstum, weder sich

abzeichnende Arbeitslosigkeit noch Verfall der russischen Währung werden derzeit als Krisensymptome wahrgenommen. Dabei sollte der Normalbürger eigentlich von mannigfaltigen Zukunftsorgen geplagt sein. So wird, um nur ein Beispiel zu nennen, das Saatgut für Weizen oder Kartoffeln vollständig (etwa aus den Niederlanden) importiert, da es in Russland keinerlei Zuchtfarmen mit dem notwendigen Know-how gibt. Die Abhängigkeit des Landes vom Westen ist somit auch im nicht-industriellen Bereich dramatisch. Die vom Regime propagierte Autarkiepolitik findet zwar große Zustimmung in der Bevölkerung, die hoffnungsvoll davon ausgeht, dass russische Unternehmen in wenigen Jahren beinahe sämtliche Produkte selbst herstellen können. Doch zeigt sich in der Praxis, dass der Deindustrialisierungsprozess, der bereits vor dem Zerfall der Sowjetunion begonnen hatte, sehr weit vorangeschritten ist. Die in den vergangenen Jahren deutlich verschärfte Bürokratisierung des Alltagslebens, einer der wenigen Punkte, der beinahe einhellige Kritik der Bevölkerung hervorruft, erschwert dabei die Neugründung von Firmen deutlich. Gedanken über die volkswirtschaftlichen Kosten einer unrentablen Produktion bestimmter Güter im eigenen Lande machen sich zudem nur wenige.

Was hat sich an den Universitäten des Landes verändert? Insbesondere Geisteswissenschaftler werden derzeit kritisch beäugt, vor allem wenn sie sich in ihren Forschungen nicht primär mit Russland beschäftigen. Damit setzt sich ein Trend fort, der sich seit Beginn der zweiten Amtszeit des Präsidenten Putin deutlich verstärkt hat: die Schließung oder Zusammenlegung scheinbar unrentabler geisteswissenschaftlicher Institute und die deutliche Förderung der vorgeblich profitablen Naturwissenschaften. An einigen Universitäten erging zudem im Frühsommer 2014 die Anweisung, die Ausbildung der Studierenden auf patriotische Ideale hin auszurichten. So solle beispielsweise vermehrt russische Geschichte gelehrt werden, während die westliche Historie zu vernachlässigen sei. Auch müsse bei Promotionen darauf geachtet werden, dass Themen bearbeitet würden, die mit der neuen patriotischen Ausrichtung der Regierung in Einklang stünden.

Die Studierenden, so die Einschätzung der befragten Gesprächspartner, würden insgesamt –

ebenso wie die Lehrenden – eher positiv auf die aktuelle Regierungspolitik reagieren. Man könne hier auch keinerlei Unterschiede zu den Jugendlichen, die teilweise im Ausland studiert hätten, feststellen. Damit scheint der Versuch vorläufig gescheitert, die jüngeren Generationen durch Ausbildung an westlichen Universitäten in ihrem Demokratieverständnis zu beeinflussen. Die amalgamierende Wirkung des neurussischen Patriotismus, so könnte man schlussfolgern, überdeckt in hohem Maße die ansonsten doch unterschiedlichen Sozialisierungen. Auch die Mediennutzung von Jugendlichen hat keine grundsätzlich andere Wirkung, auch wenn diese – anders als die älteren Generationen – kaum mehr durch das russische Staatsfernsehen zu erreichen sind. Deren umfassende Informierung über das Internet führt, so einige der befragten Wissenschaftler, nicht zu einer kritischeren Haltung. Vielmehr würden vorwiegend diejenigen Nachrichten abgerufen, die bereits vorhandene Meinungsmuster bestätigten. Zugleich hätten die Internetnutzer den subjektiven Eindruck, sich frei informieren zu können. Ganz generell waren die Gesprächspartner davon überzeugt, dass sie problemlos Propaganda und eigentliche Nachrichten in den russischsprachigen Medien voneinander trennen könnten.

Insgesamt ist es zwar schwer, aktuell ein umfassendes Meinungsbild zu skizzieren, jedoch lassen sich bestimmte Grundargumentationen vielfach wiederfinden. So sei die Situation vor dem ersten Amtsantritt des Präsidenten Putin deutlich schlechter gewesen. Seitdem habe das Land einen steilen wirtschaftlichen und machtpolitischen Wiederaufstieg erlebt. Die aktuelle Krise, so viele Gesprächspartner aus weniger intellektuellen Kreisen, sei von den USA geschürt worden. Europa handele letztlich nach den Wünschen Washingtons. Gehofft wird dabei, dass die Annexionspolitik des Kremls weitergeführt wird, jedoch soll ein Krieg in jedem Falle vermieden werden. Auch deshalb traf die völkerrechtswidrige Eingliederung der Krim wohl auf beinahe ungeteilte Zustimmung, da keine Gewalt angewendet worden war. Ähnlich sieht dies in Hinblick auf die Ostukraine aus: Solange kein größerer militärischer Konflikt entsteht, wird die Unterstützung der Separatisten begrüßt. Doch würde die Zustimmung der

Bevölkerung vermutlich rasch abnehmen, wenn es zu einer direkten gewalttätigen Auseinandersetzung käme.

Dabei wird verdrängt, welchen Preis die Bevölkerung für die derzeitige russische Politik zu zahlen hat. Russland wird sich wohl aufgrund der westlichen Sanktionen und einem allgemeinen Vertrauensverlust der Investoren auf eine andauernde Wirtschaftskrise einstellen müssen. Diese wird sich längerfristig voraussichtlich aufgrund der steigenden Inflationsraten, der vermehrten Arbeitslosigkeit und des Verfalls des Rubels auf die allgemeine Bevölkerung auswirken. Derzeit werden die fundamentalen Differenzen zwischen den Folgen der russischen Politik und den Wünschen der Bevölkerung noch durch den anschwellenden Patriotismus überdeckt. Es ist jedoch fraglich, ob die Menschen auch auf lange Sicht bereit sein werden, darauf zu verzichten, was in den vergangenen Jahren zentrale Symbole für den neuen russischen Wohlstand waren: Reisen in den Westen, Konsum der dorthier stammenden Waren sowie die Ausbildung des Nachwuchses in westlichen Bildungseinrichtungen. Auch wenn mit gekränktem russischen Stolz derzeit lautstark behauptet wird, auf all dies verzichten zu können, auch wenn Präsident Putin die Hinwendung nach Asien propagiert, widerspricht dies doch einem grundlegenden Bedürfnis in Russland: dem Gefühl, Teil Europas, Teil der westlichen Welt zu sein. Es bleibt also abzuwarten, wie der Kreml darauf reagiert, wenn diese gesellschaftlichen Widersprüche immer offener zutage treten.

Dr. Michael Mayer

Akademie für Politische Bildung

82323 Tutzing

Telefon: 08158256-45

E-Mail: m.mayer@apb-tutzing.de